

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
23.03.2012
Ausschussbetreuender Fachbereich
**Angelegenheiten der Gemeindeverfassung /
Ratsbüro**
Schriftführung
Christian Ruhe
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung am Dienstag, 07.02.2012

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:04 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.12.2011 - öffentlicher Teil**
0037/2012
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit den Trägern der Erziehungsberatung**

0021/2012

- 6 **Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege**
0557/2011
- 7 **Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der V. Änderungsverordnung**
0028/2012
- 8 **Offenhalten von Verkaufsstellen**
0045/2012
- 9 **Benennung der Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße**
0653/2011
- 10 **Verlängerung der Geltungsdauer der Ziffer 11 der städtischen Vergabeordnung und eine korrespondierende Anpassung des § 9 Satz 2 der städtischen Zuständigkeitsordnung zur Verlängerung der Vergabeverfahrensvereinfachung im Rahmen des Konjunkturpaketes II**
0026/2012
- 11 **Genehmigung der Dienstreise des Herrn Johannes Steinbach (Vorsitzender des Seniorenbeirates) nach Düren**
0032/2012
- 12 **Anträge der Fraktionen**
- 12.1 **Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Fraktion Freie Wähler und Fraktion KIDitiative „Beförderungsstopp“ vom 12.12.2011**
0048/2012
- 12.2 **Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 28.11.2011 zur Einführung eines Bürgerhaushaltes für die Stadt Bergisch Gladbach**
0059/2012
- 13 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Bürgermeister Urbach, eröffnet um 17:00 Uhr die 15. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der achten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die Sitzung haben sich Herr Haasbach, Herr Mömkes und Herr Willnecker (alle CDU) entschuldigt. Sie werden vertreten durch Herrn Sprenger, Herrn Kraus und Frau Reudenbach (alle CDU). Herr Kamp (Freie Wähler) wird durch Herrn Mörs (Freie Wähler) vertreten. Herr Kraus ist ab 17:04 Uhr, Herr Schütz ab 17:07 Uhr anwesend. Zudem fehlt Herr Lang (DIE LINKE./BfBB).

Herr Urbach benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 26.01.2012 mit den dazugehörigen Vorlagen,
- die Information über die für die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss relevanten Beratungsergebnisse aus den Fachausschüssen als Tischvorlage,
- ergänzende Unterlagen zur Vorlage Nr. 0055/2012 (Tagesordnungspunkt B 7) als Tischvorlage.

Herr Urbach weist zur Vorlage Nr. 0028/2012 (Tagesordnungspunkt A 7) darauf hin, dass es sich um eine Neufassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach handele, und nicht um die Ordnungsbehördliche Verordnung in der Fassung der V. Änderungsverordnung. Dies solle der Haupt- und Finanzausschuss bei seiner Beschlussfassung berücksichtigen.

Herr Waldschmidt fragt, warum die Vorlage Nr. 0056/2012, die die SPD-Fraktion schlichtweg für eine Unverschämtheit halte, als Tagesordnungspunkt B 6 im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden solle. Er beantragt, die Vorlage im öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten.

Herr Urbach antwortet, die Vorlage enthalte schützenswerte Informationen und sei daher nicht öffentlich zu behandeln.

Dem schließt sich Herr Nagelschmidt an. Das Rechnungsprüfungsamt sei mit der Prüfung beauftragt worden, und Angelegenheiten des Rechnungsprüfungsamtes seien nicht öffentlich zu behandeln.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.12.2011 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.12.2011 - öffentlicher Teil 0037/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

5. Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit den Trägern der Erziehungsberatung

0021/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und Bürgermeister, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit den Trägern der Erziehungsberatung

- **Katholische Erziehungsberatung e.V. – Erziehungsberatungsstelle –, Bergisch Gladbach**
- **Evangelische Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Erwachsene des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region – Erziehungsberatungsstelle Bergisch Gladbach-Bensberg**

entsprechend den Anlagen zur Vorlage abzuschließen unter der Voraussetzung, dass der Kreistag und die Räte der beteiligten öffentlichen Träger der örtlichen Jugendhilfe ebenfalls der Unterzeichnung zustimmen.

6. Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege

0557/2011

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und Bürgermeister, dem Rat folgende ergänzte **Beschlussempfehlung** zu geben:

1. **Die Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege werden in ihrer geänderten Fassung beschlossen.**
2. **Die Richtlinien treten in ihrer geänderten Fassung zum 01.03.2012 in Kraft. Die Erhöhung des Kindertagespflegeentgeltes nach Ziffer 12 Absatz 2 und Absatz 3 wird rückwirkend zum 01.01.2012 angewendet.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten und Grenzen von Großtagespflegestellen für die Tagesbetreuung in Bergisch Gladbach unter Beteiligung der freien Träger auszuloten und darzustellen, welche Ressourcen einschließlich der fachlichen Begleitung und Unterstützung erforderlich wären, um gelingende Großtagespflegestellen einzurichten.**
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, eine engere Kooperation mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis bei der Aus- und Fortbildung von Kindertagesmüttern und -vätern anzustreben und entsprechende Gespräche mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis zu führen.**
5. **Bei der Gewinnung neuer Tagespflegepersonen ist neben der Gewinnung von Tagespflegemüttern insbesondere die Gewinnung von Tagespflegevätern anzustreben.**

7. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der V. Änderungsverordnung

0028/2012

Herr Urbach weist noch einmal darauf hin, dass es sich um eine Neufassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach handle, und nicht um die Ordnungsbehördliche Verordnung in der Fassung der V. Änderungsverordnung.

Herr Zalfen bittet unter Bezugnahme auf die Beratung in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 02.02.2012 die Verwaltung um Stellungnahme zu der Tatsache, dass mit dem Wortlaut der Regelung des § 4 Absatz 1 der Verordnung auch Bürgerinitiativen oder anderen Organisationen das Verteilen von Handzetteln verboten würde. Die Verwaltung habe dazu ausgeführt, dies sei in der Sondernutzungssatzung separat geregelt.

Herr Widdenhöfer antwortet, der Rat habe in der Sitzung am 18.10.2011 beschlossen, die Sondernutzungssatzung – Wahlsichtwerbung – aufzuheben und die Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen zu ergänzen. In § 3 der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Fassung der III. Nachtragssatzung seien erlaubnisfreie Sondernutzungen an öffentlichen Straßen geregelt. Davon sei auch der von Herrn Zalfen angeführte Tatbestand umfasst und damit separat geregelt. § 4 Absatz 1 der Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach verbiete das Verteilen von Werbung und das wilde Plakatieren.

Herr Dr. Fischer erläutert, die Verwaltung habe in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr deutlich gemacht, dass sie auf Grundlage der Verordnung kleinere Verstöße nicht sofort mit Bußgeldern ahnden werde. Die FDP-Fraktion schlage vor, dies in der Verordnung festzuhalten und § 13 Absatz 3 der Verordnung wie folgt zu ergänzen: „Bei geringfügigen Erstverstößen erfolgt eine Abmahnung.“

Herr Widdenhöfer entgegnet, die FDP habe diesen Vorschlag in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr nicht vorgetragen. Der Vorschlag stimme mit den Regelungen des Ordnungswidrigkeitengesetzes nicht überein und es bestehe damit keine Rechtsgrundlage, diese Formulierung in die Verordnung aufzunehmen. Die Ordnungsbehörde könne aber im Rahmen ihres Ermessens entsprechend handeln und es z.B. bei einer schriftlichen Verwarnung belassen. Dies werde auch so gehandhabt.

Herr Dr. Fischer äußert sein Einverständnis zu dem Vorschlag von Herrn Urbach, die Formulierung nicht in die Verordnung aufzunehmen, die Aussage der Verwaltung aber als „geübte Praxis“ zu Protokoll zu nehmen.

Herr Ziffus weist darauf hin, dass in der Stadt Singapur durch hohe Geldstrafen Verunreinigungen von Verkehrsflächen wirksam verhindert würden. Die Stadt Bergisch Gladbach müsse diesbezüglich ebenfalls konsequent vorgehen, um z.B. eine irreparable Verschmutzung des neuen Straßenbelages in der Fußgängerzone Gladbach durch Kaugummireste zu verhindern.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und Bürgermeister bei Enthaltung der KIDinitiative, dem Rat folgende geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Die Neufassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach wird in der vorliegenden Fassung mit folgenden Änderungen beschlossen:

In § 6 Absatz 1 Nr. 1 wird hinter dem Begriff „Lebensmittelresten“ der Begriff „Kaugummi“ eingefügt.

„§ 6 Absatz 1 Nr. 5“ wird in „§ 6 Absatz 2“ umbenannt; die folgende Absätze (bisherige Absätze 2 und 3 im Verordnungsentwurf) erhöhen sich numerisch um jeweils eine Ziffer (und werden damit zu den Absätzen 3 und 4).

In § 8 Absatz 2 wird die Formulierung „sowie Ballspiele jeglicher Art“ gestrichen.

§ 9 Absatz 1 Nr. 1 wird um die Formulierung „Laubsaugern und Laubbläsern“ ergänzt.

8. Offenhalten von Verkaufsstellen

0045/2012

Herr Waldschmidt moniert, die Verwaltung habe dem Haupt- und Finanzausschuss eine Vorlage vorgelegt, die bezüglich der vorgeschlagenen Termine identisch sei mit der Vorlage, die der Rat in der Sitzung am 13.12.2011 mit Ausnahme eines Termins vertagt und der Verwaltung den Auftrag erteilt habe, mit den Interessengemeinschaften über eine Reduzierung der verkaufsoffenen Sonntage im Stadtgebiet zu verhandeln. Dies sei in Anbetracht der Vorlage nicht erfolgt, sondern lediglich ein Vergleich mit anderen Kommunen angestellt worden, der jedoch auf Grund unstimmiger Relationen nicht überzeugend sei. Herr Waldschmidt beantragt, der Bürgermeister möge mit den Interessengemeinschaften Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, sich in den einzelnen Ortsteilen auf möglichst jeweils zwei verkaufsoffene Sonntage pro Jahr zu beschränken.

Herr Urbach entgegnet, diese Darstellung sei nicht zutreffend. Der Rat habe die Entscheidung mit Ausnahme eines Termins vertagt; die Verwaltung habe in ihrer neuen Vorlage die Situation in den umliegenden Kommunen dargestellt. Zudem sei auch Kontakt zu den Interessengemeinschaften aufgenommen worden. Dabei sei deutlich geworden, dass für die für das Jahr 2012 geplanten verkaufsoffenen Sonntage bereits vertragliche Verpflichtungen eingegangen worden seien.

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet um nähere Erläuterung der für den Ortsteil Frankenforst vorgeschlagenen verkaufsoffenen Sonntage. Es sei nicht ohne weiteres nachvollziehbar, warum für diesen Ortsteil vier verkaufsoffene Sonntage vorgeschlagen worden seien, die auch noch gleichzeitig mit den verkaufsoffenen Sonntagen in Bensberg stattfinden würden. Dies sei kontraproduktiv. Er bittet die Verwaltung, künftig auch die Möglichkeit einzubeziehen, branchenbezogene verkaufsoffene Sonntage für das gesamte Stadtgebiet zu genehmigen. Auch für die für den Ortsteil Moitzfeld vorgeschlagenen Termine würden dezidierte Begründungen fehlen; auch hier werde ein Termin parallel zum Herbstfest in Bensberg vorgeschlagen. Die Verwaltung solle künftig offener darlegen, wer welchen Termin aus welchem Grund vorgeschlagen habe.

Herr Urbach antwortet, die Hinweise würden aufgenommen und in den Gesprächen mit dem Einzelhandelsverband thematisiert. Dies wird von Herrn Widdenhöfer bestätigt.

Herr Kraus erläutert, die Verwaltung habe den Auftrag des Rates ausgeführt. Auch die CDU-Fraktion habe von der Händlerschaft in Gesprächen erfahren, dass in diesem Jahr kein radikaler Schnitt mehr möglich sei. Dies sei aus Sicht der CDU-Fraktion auch gar nicht nötig. Den Ausführungen von Herrn Dr. Baeumle-Courth bezüglich der Gleichzeitigkeit der für die Ortsteile Frankenforst bzw. Moitzfeld und Bensberg vorgeschlagenen Termine schließt sich Herr Kraus an.

Herr Widdenhöfer weist darauf hin, dass nur die beantragten und rechtlich zulässigen Termine in der Vorlage dargestellt würden. Die Entscheidung wäre daher rein politischer Natur. Die Vorschläge bezüglich des Ortsteils Moitzfeld gingen auf die Firma Knauber und die Vorschläge bezüglich des Ortsteils Frankenforst auf die Firma Musculus zurück. Selbstverständlich könnten an den bezeichneten Terminen alle Einzelhandelsbetriebe in dem jeweiligen Ortsteil ihre Geschäfte offen halten.

Herr Schütz äußert die Ablehnung der Fraktion KIDinitiative zu dem Beschlussvorschlag. Der Wortlaut des Gesetzes erlaube vier verkaufsoffene Sonntage pro Jahr im Stadtgebiet; die Ausdehnung auf vier verkaufsoffene Sonntage pro Ortsteil wäre vielleicht formaljuristisch noch vertretbar, entspreche aber nicht der Intention des Gesetzes, das dazu diene, die Sonntagsruhe grundsätzlich zu schützen, wobei Ausnahmemöglichkeiten restriktiv zu handhaben seien. Die von der Fraktion KIDinitiative seit Jahren geäußerte Kritik werde nicht berücksichtigt. Herr Schütz schließt sich den diesbezüglichen Ausführungen von Herrn Waldschmidt an und appelliert an die CDU-Fraktion, ihr Handeln vorliegend an ihren parteilichen Grundsätzen auszurichten.

Herr Ziffus erläutert, in der letzten Äußerung von Herrn Widdenhöfer verdeutliche sich die Absurdität des praktizierten Systems.

Herr Wagner äußert seine Verwunderung zu den vorgetragenen Regulierungsbestrebungen. Auch die Interessen der Kunden, insbesondere der Bürger der Stadt Bergisch Gladbach, müssten Beachtung finden. Die Zahl der vorgeschlagenen verkaufsoffenen Sonntage reguliere sich in Abhängigkeit von der Nachfrage selbst. Solange sich die Stadt Bergisch Gladbach im gesetzlichen Rahmen bewege, sehe er keine Notwendigkeit für eine weitergehende Regulierung.

Dem schließt sich Herr Gerhards an und signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag. Die verkaufsoffenen Sonntage seien auf Ortsteile beschränkt, so dass die davon betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an höchstens vier Sonntagen pro Jahr arbeiten müssten. Zudem seien die verkaufsoffenen Sonntage zumeist an örtliche Veranstaltungstermine gekoppelt. Ein Verzicht auf die meist an örtliche Veranstaltungen gekoppelten verkaufsoffenen Sonntage würde die Ladenbetreiber schädigen, während Fremdanbieter mit ihren Ständen davon nicht betroffen wären.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister gegen die Stimmen von SPD und KIDinitiative bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.

9. **Benennung der Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße**
0653/2011

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, die Benennung der Straße mit dem vorgeschlagenen geografischen Namen sei aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN unstrittig zutreffend, er erinnere jedoch daran, dass Straßennamen an Hand einer beschlossenen Liste unter bevorzugter Berücksichtigung von Frauennamen zu vergeben seien.

Herr Urbach antwortet, dies sei der Verwaltung bekannt und werde auch eingehalten, vorliegend biete sich jedoch eine Benennung mit dem geografischen Namen „Bockenbergr“ besonders an.

Herr Schütz moniert, die Verwaltung hätte auch vorliegend die beschlossene Namensliste berücksichtigen müssen.

Herr Schmickler entgegnet, die Verwaltung habe bei den vergangenen Straßenbenennungen die beschlossene Liste eingehalten und weiche auf Grund des vorliegenden Sonderfalls mit ihrem Beschlussvorschlag nur ausnahmsweise von dieser Praxis ab.

Herr Kleine hält im vorliegenden Fall die Benennung mit dem geografischen Namen „Bockenbergr“ für sehr sinnvoll, da dieser eine bekannte Ortsbezeichnung darstelle. Dem schließt sich Herr Waldschmidt an; es handele sich zudem um ein reines Gewerbegebiet. Er bittet die Verwaltung, den Fraktionen ein aktuelles Exemplar der beschlossenen Liste zur Verfügung zu stellen.

Dies wird von Herrn Urbach zugesagt.

Herr Ziffus fragt, in welchem Zeitrahmen mit der Umsetzung des Bebauungsplanes Nr. 5342, Vinzenz-Palotti-Straße, zu rechnen sei, wenn nun schon Straßennamen beschlossen würden.

Herr Schmickler antwortet, das Umlegungsverfahren sei vor kurzem abgeschlossen worden. Die Verwaltung bereite für den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 bereits die Finanzierung des Straßen- und Kanalbaus vor und wolle die Erschließung im Jahr 2013 abschließen, damit daraufhin mit der Bebauung begonnen werden könne.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst daraufhin einstimmig mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und Bürgermeister bei Enthaltung der KIDinitiative folgenden **Bechluss**:

Die im B-Plan Nr. 5342 ausgewiesene Erschließungsstraße erhält die Bezeichnung „Bockenbergr“.

10. Verlängerung der Geltungsdauer der Ziffer 11 der städtischen Vergabeordnung und eine korrespondierende Anpassung des § 9 Satz 2 der städtischen Zuständigkeitsordnung zur Verlängerung der Vergabeverfahrensvereinfachung im Rahmen des Konjunkturpaketes II
0026/2012

Herr Waldschmidt beantragt für die SPD-Fraktion, auf Grund des Inkrafttretens des Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz NRW) am 10.01.2012 den § 9 Ziffer 4 der Zuständigkeitsordnung neue Fassung nach dem Spiegelstrich „Auftragssumme“ um einen weiteren Spiegelstrich wie folgt zu ergänzen:

„- Angaben über die Berücksichtigung von Umwelt-, Energieeffizienz- und Sozialkriterien.“

Herr Urbach schlägt vor, dass die Verwaltung den Antrag bis zur Sitzung des Rates am 14.02.2012 prüfen und dieser so lange zurückgestellt werden sollte, so dass in der Ratsitzung über den Ergänzungsantrag entschieden werden könne.

Herr Waldschmidt äußert sein Einverständnis zu diesem Verfahrensvorschlag.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, KIDinitiative und Bürgermeister, dem Rat folgende **Bechlussempfehlung** zu geben:

Für den Zeitraum bis zum 31.12.2012 wird zwecks erneuter Verlängerung der begleitend zum Konjunkturpaket II festgelegten Vergabewertgrenzen, die bereits mit Ratsbeschluss vom 28.04.2009 für den Zeitraum bis zum 31.12.2010 festgesetzt worden waren und zuletzt mit Ratsbeschluss vom 29.03.2011 für den Zeitraum bis zum 31.12.2011 verlängert wurden, folgendes bestimmt:

1. Der IV. Nachtrag zur Änderung der Vergabeordnung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung mit der Maßgabe beschlossen, dass in Ziffer 11 Satz 2 das Datum „31.12.2011“ gestrichen und durch das Datum „31.12.2012“ ersetzt wird.
2. Der II. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung mit der Maßgabe beschlossen, dass das Datum „31.12.2010“ in § 9 Satz 2 der Zuständigkeitsordnung gestrichen und durch das Datum „31.12.2012“ ersetzt wird.

11. Genehmigung der Dienstreise des Herrn Johannes Steinbach (Vorsitzender des Seniorenbeirates) nach Düren

0032/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, KIDitiative und Bürgermeister folgenden **Beschluss**:

Die Dienstreise Herrn Steinbachs nach Düren wird genehmigt.

12. Anträge der Fraktionen

12.1 Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Fraktion Freie Wähler und Fraktion KIDitiative „Beförderungsstopp“ vom 12.12.2011

0048/2012

Herr Urbach fragt die Antragsteller, ob sie zu ihrem gemeinsamen Antrag mündlich Stellung nehmen wollen.

Herr Waldschmidt verweist auf die schriftlichen Ausführungen in dem gemeinsamen Antrag.

Herr Urbach erläutert, dass die Entscheidungskompetenz in dienst- und arbeitsrechtlichen Entscheidungen nach § 73 Absatz 3 GO NRW beim Bürgermeister liege, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt sei. Von der Möglichkeit einer abweichenden Regelung habe der Rat in § 15 der Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach Gebrauch gemacht. Danach liege die Zuständigkeit bei dienst- und arbeitsrechtlichen Entscheidungen für Bedienstete in Führungsfunktionen beim Hauptausschuss, der im Einvernehmen mit dem Bürgermeister entscheide. Komme ein Einvernehmen nicht zustande, könne der Rat die Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder treffen. Komme diese Mehrheit nicht zustande, bleibe es bei der Entscheidungskompetenz des Bürgermeisters. Soweit sich der Antrag auf die Beförderung von Bediensteten in Führungspositionen beziehe, sei er unter Tagesordnungspunkt B 8 der Tagesordnung der heutigen Sitzung zu behandeln, er verweise diesbezüglich auf die Ausführungen in der Vorlage Nr. 0050/2012.

Herr Urbach schlägt vor, der Haupt- und Finanzausschuss möge die Stellungnahme des Bürgermeisters zur Kenntnis nehmen.

Herr Waldschmidt fordert den Bürgermeister auf, den gemeinsamen Antrag zur Abstimmung zu stellen. Wenn der Bürgermeister die Auffassung vertrete, dass der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses rechtswidrig sei, könne er diesen im Nachgang zur Sitzung beanstanden. Der Bürgermeister sei aber verpflichtet, den Antrag zur Abstimmung zu stellen.

Herr Urbach weist darauf hin, dass die Entscheidung über Beförderung von Bediensteten, die nicht Bedienstete in Führungsfunktionen seien, dem Bürgermeister obliege. Für die Beförderung von Be-

diensteten in Führungsfunktionen sei das bereits mehrfach erläuterte Verfahren gemäß § 73 Absatz 3 GO NRW in Verbindung mit § 15 Hauptsatzung einzuhalten. Dazu habe die Verwaltung die bezeichnete Vorlage Nr. 0050/2012 vorgelegt, die unter Tagesordnungspunkt B 8 der Tagesordnung der heutigen Sitzung behandelt werde.

Für den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Fraktion Freie Wähler und Fraktion KIDitiative stimmen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDitiative. Mit den Gegenstimmen von CDU und FDP wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

12.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 28.11.2011 zur Einführung eines Bürgerhaushaltes für die Stadt Bergisch Gladbach *0059/2012*

Herr Urbach erläutert unter Bezugnahme auf die Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage Nr. 0059/2012, weitere vertretbare Ideen zum Ausbau der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger zu verfolgen, dass sich die Verwaltung in den vergangenen Monaten mit verschiedenen Modellen einer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an den Entscheidungsprozessen zum Haushalt beschäftigt habe. Dabei erscheine der Ansatz der Stadt Solingen viel versprechend. Die Ausgangssituation in Solingen sei ähnlich kritisch wie die Situation in Bergisch Gladbach: Der Stadt habe die Insolvenz (vollständiger Verzehr des Eigenkapitals) bis zum Jahr 2013 gedroht, wenn nicht mindestens 45 Mio. EUR bis zum Jahr 2013 eingespart würden. Es sei Ziel der Politik gewesen, die Einsparvorgabe des Landes bis zum Jahr 2013 umzusetzen, um die Insolvenz abzuwenden. Gleichzeitig habe der Wille der Politik und der Verwaltungsführung bestanden, die Bürgerinnen und Bürger aktiv in Entscheidungsprozesse einzubinden. Die Durchführung der Bürgerbeteiligung habe auf der Basis einer elektronischen Internetplattform in einem Zeitrahmen von drei Wochen (hier 04.03.2010 bis 25.03.2010) stattgefunden. Auf dieser Internetplattform „www.solingen-spart.de“ hätten die Bürgerinnen und Bürger über insgesamt 78 Einsparvorschläge, welche von der Verwaltung und dem Rat der Stadt Solingen vorgeschlagen worden seien, mit „pro“ oder „contra“ abstimmen und diese in einem eigens dafür geschaffenen Forum kommentieren können. Das Einsparvolumen der 78 Vorschläge habe sich auf insgesamt 22 Mio. EUR belaufen; zusätzlich seien den Bürgerinnen und Bürgern alternative Maßnahmen mit einem Volumen von insgesamt 25 Mio. EUR angeboten worden. Die Auswertung der Abstimmung und die Kommentierungen seien der Politik als Meinungsbild vorgelegt worden. Die abschließende Entscheidung über die einzelnen Sparvorschläge habe der Rat der Stadt Solingen getroffen. Die Verwaltung empfehle daher dem Haupt- und Finanzausschuss, dem grundsätzlichen Anliegen des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB zu folgen, jedoch auf ein detailliertes Konzept zu verzichten und die Verwaltung mit den in der Vorlage Nr. 0059/2012 beschriebenen Umsetzungsschritten zu beauftragen.

Herr Dr. Baeumle-Courth hält dies für einen guten Vorschlag. Es solle jedoch zumindest eine Alternative zur Meinungsabgabe über das Internet bereit gestellt werden, da nicht alle interessierten Bürgerinnen und Bürger über einen Zugang zum Internet verfügen würden. Dies könnte z.B. über das Bürgerbüro erfolgen.

Herr Urbach erläutert, dies werde die Verwaltung beachten.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst daraufhin einstimmig mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, KIDitiative und Bürgermeister folgenden **Beschluss**:

Die bisherige Transparenz des Haushalts und die Beteiligungsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger sollen weiterhin sichergestellt werden

- 1. durch die Vorstellung und Erläuterung des Haushaltsentwurfs auf der Homepage der Stadt Bergisch Gladbach; dies sollte künftig wieder zeitnäher und in einer für die Bürgerinnen und Bürger anschaulichen und verständlichen Form erfolgen. Hierum wird sich die Abteilung „Stadtmarketing/Öffentlichkeitsarbeit“ in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Finanzen bemühen.**

und

- 2. durch die Möglichkeit, sich per Mail über einen Link auf der städtischen Homepage mit Anregungen aktiv zu beteiligen. Die dort eingehenden Mails werden zentral einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter zugeleitet, die/der unter Beteiligung der Fachbereiche den Vorschlag für die Haushaltsberatungen aufbereitet. Abschließend erfolgt eine Benachrichtigung an die jeweilige Bürgerin/den jeweiligen Bürger.**

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Straße L 289

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, im Frühjahr 2011 habe sich auf der Straße L 289 zwischen Moitzfeld und Herkenrath in Höhe Neuenhaus zum wiederholten Male ein schwerer Verkehrsunfall ereignet. Er habe daraufhin Kontakt zum Landesbetrieb Straßen.NRW aufgenommen in der aus mehreren Beratungen gewonnenen Annahme, die Straße falle in dessen Zuständigkeit. Der Landesbetrieb habe sich schlussendlich für unzuständig erklärt und ihn an den Rheinisch-Bergischen Kreis verwiesen, der sich nach entsprechender Kontaktaufnahme ebenfalls für unzuständig erklärt und auf die Zuständigkeit der Stadt Bergisch Gladbach verwiesen habe. Er halte die Abzweigung nach Neuenhaus für gefährlich, weil die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h nicht durchgängig eingehalten werde und die orange Straßenbeleuchtung ebenfalls keine sichere Aus- und Einfahrtsituation schaffe. Er frage, welche Handlungsbedarfe und -möglichkeiten die Stadtverwaltung sehe bzw. welche anderen zuständigen Stellen eingebunden werden könnten.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung werde sich mit dieser Frage auseinandersetzen.

Herr Waldschmidt: Anfrage zur Straße In der Auen

Herr Waldschmidt fragt, ob die Rundfunkberichte zuträfen, nach denen eine Beschwerde bezüglich der kürzlich eingerichteten durchgängigen Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf der Straße In der Auen bei der Bezirksregierung Köln eingegangen sei und welche Erfolgsaussichten die Stadtverwaltung dieser Beschwerde einräume.

Herr Urbach antwortet, eine Durchschrift des Schreibens sei heute bei der Stadtverwaltung eingegangen. Die Verwaltung werde sich mit der Beschwerde auseinandersetzen.

Herr Waldschmidt: Anfrage zu beabsichtigten Beförderungen

Herr Waldschmidt fragt, ob die vom Bürgermeister beabsichtigten Beförderungen mit der Kommunalaufsicht im Vorfeld abgestimmt worden seien und ob diese ohne genehmigte Haushaltssatzung vorgenommen werden könnten.

Herr Urbach antwortet, das Verfahren sei mit der Kommunalaufsicht abgestimmt. Mit Beschluss der Haushaltssatzung könnten die Beförderungen vorgenommen werden.

Herr Hoffstadt: Anfrage zu den Kosten der Reinigungsleistungen für städtische Gebäude

Herr Hoffstadt verliest die dieser Niederschrift als Anlage beigefügten Fragen zu den Kosten der Reinigungsleistungen für städtische Gebäude.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung.

Herr Schütz: Anfrage zu Einbürgerungen

Herr Schütz fragt, in welchem Rahmen und in welcher Form in Bergisch Gladbach Einbürgerungen stattfinden würden; insbesondere ob die diesbezüglichen Urkunden per Post übersandt oder z.B. durch den Bürgermeister im Rahmen eines Empfanges ausgehändigt würden und bittet um eine schriftliche Beantwortung.

Herr Widdenhöfer erläutert, die Zuständigkeit für Einbürgerungen liege beim Rheinisch-Bergischen Kreis. Die Verwaltung werde die Frage weiterleiten.

Herr Dr. Fischer: Anfrage zu einer bisher nicht beantworteten Anfrage der FDP-Fraktion

Herr Dr. Fischer nimmt Bezug auf eine Anfrage der FDP-Fraktion in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.12.2011 (Vorlage Nr. 0656/2011), deren Beantwortung verschoben worden, jedoch bis heute nicht erfolgt sei. Herr Dr. Fischer verliest den der Vorlage Nr. 0656/2011 beiliegenden Anfragetext, mit dem die FDP-Fraktion Anstöße für Kosteneinsparungen geben wolle.

Herr Schäfer antwortet, dass die Verwaltung in der bezeichneten Vorlage zunächst nur bezüglich der Personalkosten eine Stellungnahme abgegeben habe. Die Beantwortung der weiteren Anfrageinhalte habe der Fachbereich 2 bisher leider noch nicht vornehmen können, da zunächst ein neuer Haushaltsentwurf zur Einbringung in der Sitzung des Rates am 14.02.2012 sowie die Jahresrechnung 2009 hätten erstellt werden müssen. Er bitte, dies zu entschuldigen. Die Verwaltung werde sich in Kürze der weiteren Beantwortung der Anfrage annehmen, sobald die Arbeiten zur Erstellung des Haushaltsentwurfes abgeschlossen seien.

Herr Dr. Fischer äußert seine Verärgerung darüber, dass die Verwaltung auf die umfängliche Anfrage der FDP-Fraktion bisher nicht reagiert habe. Die von der FDP-Fraktion herausgestellten und bis heute unerklärlichen Differenzen hätten zumindest im neuen Haushaltsentwurf Berücksichtigung finden müssen; die diesbezügliche Beantwortung durch die Verwaltung wäre sicherlich auch im Interesse der anderen Fraktionen gewesen.

Herr Gerhards fragt ergänzend, ob die Verwaltung den neuen Haushaltsentwurf ohne Berücksichtigung der von der FDP-Fraktion in ihrer Anfrage aufgezeigten Differenzen aufgestellt habe.

Dies wird von Herrn Schäfer verneint. Die Fachbereiche hätten die Ansätze kontrolliert und neu kalkuliert. Die Fragen der FDP-Fraktion würden noch im Detail beantwortet.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:47 Uhr.